

# Sallesehe Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 253.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Borsdorf 2,20 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr, für halbjährige Bestellung erhöht wöchentlich zweifach. — Gratiis-Beilagen: Badischer Courrier (tägl. Feuilleton), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Quotierte Bodenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Minnerbeilage (für die junge Welt).

Erste Ausgabe

Abendblätter für die (schlagpoltere) Kolonisten oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, abwärts 20 Pfennig. — Resten am Schluss des abgelaufenen Zeitraums die Beile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen benannten Anzeigenstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62  
Telephon 8108 u. 8109; Telephon 8110.  
Chefredakteur: Dr. Straßner-Klebe, Halle (Saale).

Dienstag, 3. Juni 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30  
Telephon Amtsurfür Nr. 6200.  
Druck und Verlag von Otto Chtzle, Halle (Saale).

### Die elsass-lothringische Frage.

Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Vorlagen der reichsländischen Regierung an den Bundesrat sind, so schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“, der linksstehenden Presse augenscheinlich nicht sonderlich wegen der Rechtfertigung der Aktion selbst als vielmehr deshalb unangenehm, weil der leitende Staatsmann den Nachweis geführt hat, daß die Vorlagen weder den neuen Verfassungszustand berühren, noch irgendwie aus einer Stimmung des Mißtrauens gegenüber der großen Masse der elsass-lothringischen Bevölkerung entstanden sind. Denn namentlich ist der Taktik der oppositionellen Presse und ihren agitatorischen Bestrebungen der Boden entzogen, und die so heftig umstrittenen Vorlagen sind in die allein zulässige Beleuchtung, unter den Gesichtspunkt der Sicherheit und Wohlfahrt des Reiches gestellt. Das ist gelobend, indem der Reichskanzler auf der einen Seite den Verzicht, gegen die reichsländische Regierung den Vorwurf der Friedensstörung zu erheben, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, gleichzeitig auf der anderen Seite aber die Aufmerksamkeit der gesamten Nation auf die entscheidende Frage gelenkt hat, die die Gegenwart bewegt. Das ist nicht die Stimmung gewisser Kreise der reichsländischen Bevölkerung, das ist auch nicht das so oder so geartete Interesse der einen oder anderen politischen Partei in Elsaß-Lothringen, das ist endlich auch nicht der Standpunkt der Zweiten reichsländischen Kammer, deren Mehrheit die Verfassungsreform von 1911 gemißtrauen noch als eine Etappe auf dem Wege zur bundesstaatlichen Gleichstellung betrachtet, das ist vielmehr der Hinweis auf den unverrückbar feststehenden Tatbestand der unauflösbaren Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich, durch die es seiner alten deutschen Vergangenheit zurückgegeben ist. Für Deutschlandler ist eine elsass-lothringische Frage nicht mehr, für die französische Republik dagegen ist diese Frage augenscheinlich in der Gegenwart von größerer Bedeutung als je zuvor in den letzten vier Jahrzehnten. Das beweisen nicht nur die nationalistischen Untriebe in Elsaß-Lothringen selbst, das beweist in sehr viel höherem Grade die Sprache der transjordanischen Presse, und es ist zweifellos die Gefahr vorhanden, daß der langsam sich aufsummende Rindstoff plötzlich, vielleicht in einem für unser Vaterland besonders ungünstigen Zeitpunkt, zur Explosion kommt, wenn die deutsche Regierung, wie bisher, Schweigen beobachtet und unzulässig die Dinge an sich herantreten lassen wollte. Das Wort, mit dem der Kaiser seine rein sachlichen, von Ernst und Entschlossenheit zeugenden Ausführungen schloß, die Feststellung, daß es Machenschaften zu bekämpfen gilt, deren Urheber die Verbindung Elsaß-Lothringens mit Deutschland ein Dorn im Auge ist, zeigt jedem, der sehen will, klar und deutlich, daß in dem Vorgehen der reichsländischen Regierung der feste Wille bezeugt ist, zu den Ausbrüchen eines deutschfeindlichen Chauvinismus diesseits und jenseits der reichsländischen Grenzen nicht länger stillzuschweigen. So werden die Ausführungen des Reichskanzlers hoffentlich in erster Linie die Wirkung haben, unseren Gegnern im Ausland die Veränderten Sachverhalte klar zu machen, daß auch die deutsche Rangumt und Geduld einmal ein Ende haben kann.

Wir möchten gegenüber diesen offiziellen Auslassungen wiederholt feststellen, daß es keineswegs von der Reichsregierung ein schwerer Fehler war, den „neuen Verfassungszustand“ so zu gestalten, wie er heute in den Reichsländern besteht. Die schweren Fehler, die mit jener weithergehenden Verfassung gemacht sind, haben sich bisher schon bitter gerächt. Hoffentlich tritt durch die beabsichtigten neuen Weisungen wenigstens ein Stillstand in den maßlosen Wildereien ein, die taatsächlich in den mit Frankreich sympathisierenden Kreisen Elsaß-Lothringens zu verzeichnen sind. Aber gänzlich werden diese neuen gesetzgeberischen Maßnahmen die alten Fehler des Verfassungsgebotes nicht zu beheben vermögen.

### Am Ende des Balkankrieges.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: Die Tatsache, daß am 30. Mai der Korridor zur Beendigung des Balkankrieges im St. James-Palast zu London unterzeichnet worden ist, wird, mit gebührender Anerkennung für die Leitung der mühseligen Verhandlungen durch Sir Edward Grey, überall willkommen geheißen. Die Großmächte sind in dem nun vollzogenen geschichtlichen Vorgang einen Beweis dafür erbliden, daß ihr unter vielfachen Schwierigkeiten bewährtes Zusammenhalten zu einem erwünschtesten vorläufigen Abschluß geführt hat, und sie dürfen hieraus Ermunterungen zu

**gemeinsamen Weiterarbeiten**  
schöpfen. Den Staatsmännern des Balkanbundes wird das Vertrauen entgegengebracht, daß sie kein Mittel zu einer gütlichen Lösung der schwebenden Streitigkeiten unversucht lassen werden. Soweit eine Gefährdung des Friedens droht, läßt es die europäische Diplomatie an vermittelnden Einwirkungen nicht fehlen. Alle vernünftigen Erwägungen sprechen gegen den Ausbruch eines neuen Krieges. Zwischen den Großmächten scheint jede Gefahr eines Zusammenstoßes beseitigt, und die letzten Wolken im naßen Osten werden sich hoffentlich bald zerstreuen.

Das Sofioter Blatt „Mir“ schreibt zu dem Friedensschluß:

Es war für niemand ein Geheimnis, daß die Türkei und Bulgarien den Frieden wünschsten. Die beiden benachbarten Länder haben keinen Grund mehr, mit einander zu kohnern. Im Gegenteil, die wohlverstandenen Interessen gebieten ihnen ein gegenseitiges Einvernehmen und die besten freundschaftlichen Beziehungen. Bulgarien zählt innerhalb seiner neuen Grenzen unter seiner Bevölkerung zahlreich Muselmanen, die sich voller religiöser, politischer und persönlicher Freiheit erfreuen werden. Anders wirtschaftlichen Interessen, die einzigen, die wir namentlich in der Türkei haben, erliegen uns in Zukunft auf, die eifersüchtigen und autoritären Schöpfer der Integrität des türkischen Reiches zu sein. Eine Aera der

**besten bulgarischen Beziehungen**  
kündigt sich an.

Wie das Wienerische Büro erfährt, berieten in ihrer Sonnabend-Zusammenkunft die

**vier Balkankommissionen**  
über die Einleitung von Verhandlungen über besondere Abmachungen mit der Türkei wegen verschiedener Fragen, die aus dem Kriege hervorgegangen sind und nicht durch den Friedensvertrag geregelt sind. Die gefassten Beschlüsse werden den türkischen Delegierten vorgelegt werden, um zu einem gemeinsamen Plan für die nächste Zusammenkunft am heutigen Montag zu gelangen. Die Delegierten werden heute Montag, auch ihre Entscheidung über den Ort der Verhandlungen und über die Fragen, die nach ihrer Lösung harren, treffen.

**Rußland dementiert.**  
Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, zu erklären, daß die Unterzeichnung des Artikels des bulgarischen „Mir“, Rußland sei die Türkei, welche Serbien für den Fall, daß es auf das adriatische Küstengebiet verzichte, Kompensationen im Vardarale versprochen hätte, eine reine Erfindung sei.

**Italien und die armenischen Fragen.**  
In der Sonnabend-Sitzung der italienischen Deputiertenkammer sprach der Deputierte Galli seine Verdringung über die Unterzeichnung des Friedens aus. Der Redner erklärte, die Balkanbündelnden könnten immer auf die lebhafteste Sympathie des italienischen Volkes rechnen. Präsident Bolognini erklärte, auch die Beziehungen von Italien seien geteilt. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Fürst di Sotola erklärte in Verantwortung einer Anfrage des Deputierten Galli über die Verhältnisse in Armenien, daß die italienische Regierung durch Vermittlung ihrer Botschaft in Konstantinopel sich in den Grenzen der internationalen Verpflichtungen für die Zustände in Armenien interessiert habe. Was jetzt sei die Lage in Armenien nicht bekannt. Italien, dem die Freigabe und Unberücksichtigung des osmanischen Kaiserreichs in der asiatischen Türkei sehr am Herzen liege, glaube, daß der Friede und die Ruhe in diesem Gebiete in bemerkenswerter Weise von der Regelung der armenischen Frage abhängen. Die italienische Regierung werde in diesem Sinne der Fortsetzung der guten Dienste anbieten, um die Türkei zu lassen, daß Italien ebenso wie alle anderen Mächte überzeugt sei, die türkische Regierung wolle dadurch, daß sie die Reorganisation der Zivilverwaltung der asiatischen Provinzen anstrebe, zugleich für die Sache der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

**Rumänien führt das Petersburger Protokoll durch.**  
Die rumänische Kammer hat nach zweitägiger Beratung des Petersburger Protokolls in der 10. Sitzung eine Tagesordnung angenommen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, das Protokoll durchzuführen. Mit Rücksicht hierauf wird die rumänische Regierung in den nächsten Tagen eine Grenzkommission ernennen

und die bulgarische Regierung verständigen, daß die gemischte Kommission die Arbeiten möglichst bequemen möge, da diese bis zum 26. Juli allenfalls beendet sein müßten. In der Thronrede, mit der die Session der beiden rumänischen Kammern geschlossen wurde, heißt es: Rumänien hat die Balkankriegsbegehrungen, die von Parlament bewilligten außerordentlichen Anleihen haben die Armee in den Stand gesetzt, dem unerfüllbaren Vertrauen des Landes in die Armee noch besser zu entsprechen, und haben gleichzeitig den Beweis für die günstige Finanzlage des Landes geliefert.

**Albanien müßte bald ein Oberhaupt.**  
Die die „Albanische Korrespondenz“ berichtet, hat eine Anzahl Albaneseinführer an die Botschaftsvereinigung in London telegraphisch ein Memorandum geschickt, in welchem die Vereinigung gebeten wird, auf die Idee einer Verlängerung des provisorischen Zustandes in Albanien zu verzichten und sich für die möglichst rasche Erneuerung eines Souveräns zu entscheiden, der mit dem Bestreben seiner Geburt und seiner hohen Stellung der moralische Mittelpunkt sein solle, um den sich alle Albanese vereinigen.

**Die Türkei will Ruhe und Frieden.**  
Nach Informationen aus Konstantinopel militärischen Kreisen ist noch keine Entscheidung über die Verurteilung der Thakalidatruppen getroffen worden. In Kreisen der Flotte erklärt man, daß darüber ein Uebereinkommen mit Bulgarien abgeschlossen werden solle. Die Entlassung könnte demnach bestimmt werden. Gerüchte verlauten, daß die Ankunft des griechischen Ministers Rallis, der stets Anhänger eines türkisch-griechischen Einvernehmens war, in Konstantinopel erwartet wird. Mit dem abgetragenen Tage wurden die Durchsuchungen von Schiffen durch die griechische Flotte eingestell.

**Die internationale Finanzkommission und das russisch-französische Bündnis.**  
Das französische Ministerium des Äußeren überliefert den Mitgliedern der in Paris am Mittwoch zusammengetretenen

**internationalen Finanzkommission**  
ein Schriftstück, durch welches ihnen ein Ueberblick über die der Finanzkommission obliegenden Arbeiten erleichtert werden soll.

Dieses Schriftstück beruht, wie in der Einleitung hervorgehoben wird, auf den von den türkischen Delegierten herüberbrachten Angaben über die Verwaltung der türkischen Schuld sowie auf den sehr interessanten Arbeiten der deutschen Delegierten. Der „Temps“ behauptet, daß dieses Schriftstück bei gewissen Delegierten Versehen hervorgerufen habe. Man habe sich gefragt, warum daselbst lediglich den lobenden Hinweis auf die deutschen Darlegungen enthalte und die Darlegungen anderer Delegierten zu ignorieren scheine. Es bilde für Rußland einen wesentlichen politischen Akt, in Paris für die Sache der Balkanstaaten einzutreten. Dabei habe Rußland das volle Recht, auf den Reichstag Frankreichs zu rechnen, wie Frankreich seiner Zeit in Algerias auf den Reichstag Rußlands geschickt habe. Die Delegierten der beiden verbündeten Länder müßten miteinander in enger Fühlung bleiben und wenn Frankreich auch die Pflicht habe, die wirtschaftlichen Interessen seiner Inhaber türkischer Wertpapiere zu verteidigen, so dürfe man doch nicht durch Ungehörlichkeiten das Einverständnis der beiden der russischen und französischen Regierungen gefährden. Minister Bidon habe auch in dieser Hinsicht den Vorschlag Rußlands Zusicherungen gegeben. Wir für unser Teil, so schließt der „Temps“, sind der Ansicht, daß Frankreich in den Orientfragen einem russischen Bundesgenossen die führende Rolle überlassen muß und daß Rußland das Recht hat, seine Auffassung zuerst zu äußern.

Die Flotte hat ihre Delegierten bei der Pariser Finanzkonferenz angewiesen, sich bei den Verhandlungen wegen Konzeptionen für Bahnbauten in Anatolien der französischen Regierung gegenüber möglichst entgegenkommend zu zeigen. Wie verlautet, hat die englische Botschaft wegen Verlängerung der Luftflurmissionen auf eine französische Gesellschaft, die unter Umgehung der entsprechenden Angebote eines englischen Syndikats erfolgte, von der Flotte Aufklärungen erbeten.

**Italienisch-orientalische Interessen gegenüber Griechenland.**  
Der Korrespondent der römischen „Tribuna“ in London meldet auf Grund authentischer Nachrichten aus guter Quelle, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen dem italienischen und dem französischen Volschafter in London mehrfach lange Besprechungen über die Frage der ägäischen Inseln und insbesondere über die Frage der Euböerenge Abhandlung stattgefunden hätten. Daraus läßt sich aber dem französischen Volschafter Gambon gegenüber bemerkt haben, daß Italien und Österreich-Ungarn aus unabänderlichen Gründen der nationalen Verdringung ein Interesse daran hätten, daß das Meer am Kanal von Korfu den Sanit Quaranta bis zur Bai von Petia zu Albanien geschlagen























